

Vortrag von Jörn Hermening beim Verbund
arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen e.V. bei
der Veranstaltung „Öffentlich geförderte Beschäftigung
und soziale Angebote in Quartieren“

Dienstag, 27. Mai 2025 von 16:00 – 18:30 Uhr
KWADRAT, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen

Was bedeuten sozial orientierte Angebote für ökonomisch schwache Quartiere?

Das ist die Frage, die an mich heute herangetragen
wurde. Ich bin Jörn Hermening, gut 9 Jahre
Ortsamtsleiter in Hemelingen, vorher seit dem Jahr
2000 Quartiersmanager, also Sozialarbeiter und
Gemeinwesenarbeiter in Hemelingen und Tenever.
Zusammen also ein Vierteljahrhundert Erfahrung in der
o.g. Frage.

In meinen Tätigkeiten standen und stehen immer die
Menschen im Mittelpunkt, die Bewohner:innen, vor
allem die, die durch materielle, Bildungs- und oder
andere Benachteiligung aus meiner Sicht einen
Anspruch auf besondere Unterstützung haben.

Ganz konkret ist es das Ziel, auch wenn man es nicht immer erreicht, unseren Menschen die gleichen Chancen zu bieten wie allen anderen auch. Doch wie kann man das machen?

Der Punkt Nummer 1 dabei ist: - Sinnvolle Beschäftigung und Arbeit - nicht nur im Sinne von Geld verdienen, sondern vor allem wegen der sinnstiftenden Tätigkeit, den sozialen Kontakten, der Anerkennung und Wertschätzung, die durch die Arbeit erworben wird und auch den Spaß, den man dabei haben kann. Wer aber keinen Schulabschluss hat, die Sprache schlecht spricht, anders heißt als man heißen soll, Suchterkrankungen vorliegen, physische oder psychische Probleme hat, behindert ist oder wird usw. hat dabei oftmals nicht so gute Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Früher war es oft auch schon die Adresse, z.B. Neuwieder Straße in Tenever, Hinter den Ellern in Hemelingen, die verhinderte zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Manchmal auch schon der Aufenthaltsstatus von Menschen, die wie du und ich hier geboren wurden, aber trotzdem nur geduldet waren. Da hat sich zum Glück einiges verbessert, führt aber im Nachgang dazu, dass die, die früher keine Ausbildung machen konnten wegen ihres Status, heute noch darunter leiden, denn mit dem

Hilfsjob kann man eine Familie nicht vernünftig versorgen.

Darum brauchen wir Beschäftigungsprojekte für unsere Menschen in den Quartieren! Das schon mal aus der Sicht der Bewohner:innen die dort Arbeiten können.

Und Punkt Nummer 2 – Arbeit, die gemacht werden sollte – die liegt genug an bei uns, alle Arbeit mit dem gleichen Ziel wie beim ersten, persönlichen Punkt, der Notwendigkeit von Beschäftigungsmaßnahmen – die Benachteiligung im Quartier und für die Menschen auszugleichen.

Wenn man dann solche Maßnahmen schafft, ist es eine win-win Situation, dazu möchte ich gerne eine paar Beispiele nennen.

Der Kinderbauernhof in Tenever – Hochhäuser, inzwischen schöne Wohnungen mit Balkon – aber – wo ist der Bezug zur Natur und zu Tieren? Materiell schlecht gestellt gibt es selten Ferien auf dem Lande, Reitstunden oder ein Haustier, aber es gibt den Kinderbauernhof. Anfang der 2000er entstanden auf Initiative aus dem Stadtteil, gefördert durch die Stadt aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit – damit kann man die Öffnungszeiten finanzieren, die pädagogischen

Angebote umsetzten usw., das Geld reicht nicht ganz, aber überwiegend.

Aber: Tiere brauchen 24/7 Betreuung. Also zusätzlich zum Pädagogen/zur Pädagogin auch noch Tierpfleger:innen, 24/7, d.h. 3 Leute pro Tag jeweils 8 Stunden, aber auch in den Ferien, am WE usw. Also ca. 6 Vollzeitstellen. Rechnen sie das mal aus, dass ist unbezahlbar. Aber: schon bei der Entstehung waren viele Ehrenamtliche auch dem Quartier vor Ort und haben mit angepackt, hatten Lust, eine Aufgabe, etwas Sinnstiftendes gefunden. Viele von diesen Menschen und auch welche aus andere Stadtteilen konnten über Arbeitsfördermaßnahmen hier einen Arbeitsplatz finden, wurden qualifiziert und, wenn auch schlecht, bezahlt und haben so ein wichtiges Angebot erst möglich gemacht.

Wenn Ihnen das Beispiel zu sehr „Kinderkram war“ hätte ich noch ein Beispiel – auch Kinderkram, aber anders.

Auch das Sozialamt hat sich, als es das noch mit Sozialhilfe gab, schon Gedanken gemacht, wie man Menschen besser in den Arbeitsmarkt integrieren kann, dass meine ich überhaupt nicht negativ oder ironisch, da sind auch schon fähige Leute gewesen. Probleme

wurden gesehen und angegangen. Ein Problem war und ist, dass, wenn man es endlich geschafft hat als alleinerziehende Mutter ein Vorstellungsgespräch zu bekommen, liegt dieses nicht oft in der Zeit, in der man kann. Ohne Job keine langen Kinderbetreuungszeiten in der Kita – was macht man dann, wenn man um 8 Uhr in der Stadt sein muss, die Kids aber erst ab 8 betreut sind – um Terminverlegung für das Gespräch bitten? Da kann man auch gleich absagen. Und nehmen wir an, Oma oder die Nachbarn übernehmen den Kinderbringdienst an dem Tag, das Vorstellungsgespräch läuft super, nächste Woche gehts los mit dem Job. Beginn: Immer 8 Uhr. Aber die Kita kann die Frühbetreuung erst ab nach den Sommerferien anbieten. Das wäre eine tiptop-Aussage am Ende des Bewerbungsgesprächs oder? Nein, natürlich Ironie. Dann wäre der Job weg.

Also hat das Sozialamt Hemelingen damals zusammen mit dem Haus der Familie und dem Freizi ein Projekt entwickelt – MOKI – mobile und flexible Kinderbetreuung, von heute auf morgen abrufbar, auch mal ein paar Wochen lang, morgens kommt jemand nach Hause und bringt die Kids in die Kita, oder die Kids werden am Standort vorbeigebracht und von da geht's in die Kita, Mama kann die Arbeit aufnehmen.

Umgesetzt wurde das zu Beginn mit der Blauen Karte, BSHG 19 Maßnahmen, geleitet durch eine ABM.

Hammer-Projekt, alle profitieren, sogar der Staat, weil Menschen in den ersten Arbeitsmarkt kommen.

Inzwischen heißen die Förderungen anders, aber das Projekt ist weiter hervorragend. Die Sozialbehörde fördert die Leitung, aber die Mitarbeiter:innen brechen weg. Von denen über die Jahre übrigens auch sehr viele nebenbei eine Erzieher:innenquali, Sozialassistenten oder Tagesmütterausbildung gemacht haben und auch auf dem ersten Arbeitsmarkt gelandet sind.

Also- ohne ausreichend Teilnehmer:innen - keine flexible Betreuung mehr, spontane Anfragen können kaum noch bedient werden, alles was sich jetzt über 20 Jahre bewährt hat – kaputt. Auch die Arbeitnehmerkammer hat dieses hervorragende Projekt einmal ausgewertet und dringend empfohlen so etwas auf andere Stadtteile auszuweiten.

Also haben wir hier einen ganz schlechten Effekt für die Menschen im Quartier. Und auch für die Mitarbeitenden, die die Betreuung übernommen haben. Dazu mal ein Beispiel:

Ich nenne ihn mal Max Mustermann. Max hat viele Jahre mit dem Alkohol zu kämpfen gehabt. Endlich

trocken sucht er vor drei Jahren selbst eine Aufgabe, um nicht im Alltag wieder der Sucht zu verfallen, wenn er nichts zu tun hat. Vom Hörensagen hatte er vom Projekt Moki gehört. Mit Kids konnte er schon immer gut, also warum nicht. Mit dem Jobcenter und der Moki Leitung war alles geklärt, 16i Förderung, Kofi der Stadt aus ESF, es konnte losgehen.

Max geht in der Stelle auf. Die Betreuung der Kids macht ihm großen Spaß, Alkohol spielt keine Rolle mehr in seinem Leben. Wertschätzung und Anerkennung im Team, von Eltern und von den Kindern bestärken ihn, er hat sich stabilisiert. Vielleicht wird er auch beruflich in die Richtung gehen, es ist alles auf einem guten Weg. Lange Jahre ging es ihm überhaupt nicht gut, die Unterstützung durch die Leute im Familienzentrum Mobile, dort ist das Moki-Projekt angesiedelt, tut ihm gut und die braucht er auch nach wie vor.

Letztes Jahr kam dann die Nachricht, dass viele Stellen gestrichen werden müssen, so auch in diesem hervorragenden Projekt. Es blieben sogar Stellen bei Moki erhalten, aber nicht für Max. Aus Sicht des Jobcenters hatte er sich ausreichend stabilisiert. 16i hätte noch weiterlaufen können, aber da das bei ihm

„nichts mehr bringen würde“ ist die Maßnahme ausgelaufen.

Max ist nicht mehr trocken – Kinder können nicht mehr ausreichend flexibel betreut werden – alleinerziehende Mütter und Väter können schlechter in Arbeit kommen. Da frage ich mich ausdrücklich – Warum?

Ich habe extra nur einige Beispiel aufgeführt, es gibt auch noch den weggebrochenen Quartiersservice, wo auch Leute, die noch nicht wieder in der Lage sind Kinder zu betreuen oder in einer Küche zu arbeiten willkommen waren und sehr gut begleitet wurden - und eine sinnvolle Tätigkeit hatten – und es war sauberer im Stadtteil – gestrichen, Aufsuchende Altenarbeit – Leute zu Hause besuchen, Einkäufe machen, vor Vereinsamung bewahren – 16i und e und AGH gekürzt- auch wirtschaftlich Quatsch – die aufgesuchten Alten konnten viel länger zu Hause bleiben und mussten keine teuren Heimplätze belegen.

Das Ehrenamt ist keine Lösung in unseren benachteiligten Quartieren, wir sind nicht in Schwachhausen – hier ist es deutlich schwieriger Menschen zu gewinnen, dass erläutere ich jetzt aber nicht.

Projektbeispiele gibt es in allen Stadtteilen, viele gute Dinge wurden angeschoben und sind jetzt gefährdet oder gibt es schon nicht mehr. Ich wünsche mir, dass dort die neue Bundesregierung positive Akzente setzt, ordentlich Geld in die Arbeitsmarktförderung steckt, auch im eigenen Interesse. Wir haben so viele gute Menschen im Stadtteil, die über diese Förderungen auch wieder auf den ersten Arbeitsmarkt kommen können, es wäre eine Schande ihnen nicht diese Chance zu geben.

Und wir haben auch Menschen, die diesen Sprung in den ersten Arbeitsmarkt vielleicht nie oder sehr spät schaffen werden, und wie Max Mustermann immer etwas mehr Unterstützung brauchen. Das trifft auch für viele Menschen mit psychischen Erkrankungen zu. Auch diese Menschen haben es verdient einer sinnvollen sinnstiftenden und wertgeschätzten Arbeit nachzugehen, die auch entlohnt wird.

Arbeitsmarktförderung muss so eingesetzt werden, dass sie dem Gemeinwesen dient, also den Mitarbeitenden und der Gesellschaft, gerade in benachteiligten Gebieten. Man muss das Ganze sehen und nicht mehr nur die Zuständigkeiten – ja, auch die Agentur für Arbeit und das JC sind dafür da, den

Menschen in diesen Gebieten zu helfen, nicht nur Menschen in Arbeit zu bringen. Unser gemeinsamer Auftrag des Staates ist das, in unserem Grundgesetz ist das geregelt. Deshalb gerne Fördergelder zusammenbringen und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Und die Hälfte des Jobcenters ist Bremisch, da muss mehr Einfluss rein. Und den Bund bitte Ärgern liebe weiteren Podiumsteilnehmer:innen, da müssen wir besser werden, deutlich, für die Menschen die Arbeitslos sind und für die, die von deren wichtiger Arbeit profitieren können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!